

Da wäre noch die Parteienfinanzierung

Zu: „Bündnis fordert AfD-Verbotsverfahren“ und „Viel Stoff für Zoff bei der AfD“, FR-Politik vom 22. Juni

Schluss mit Geld vom Staat für die AfD

Immer wieder die Forderung nach einem Verbotsverfahren gegen die AfD! Warum lernt man nicht, dass ein Verbotsverfahren für eine Partei sehr schwierig ist, selten zum Ziel führt und der AfD durch die dauernde Publikation nur Publi-city verschafft? Erfolgreicher und leichter durchsetzbar ist, die AfD von der Finanzierung durch den Staat auszuschließen! Dies wurde schon erfolgreich gemacht und kann mit der Mehrheit im Bundestag bzw. den Landtagen so beschlossen werden! Bitte, „Bündnis“: Stellt eure Aktivitäten auf dieses erfolgversprechendere Verfahren um!

Volkmar Köhler, Offenbach

Wollt Ihr wirklich in diese Zeiten zurück?

Im Alter von jetzt 85 Jahren habe ich noch Erinnerungen an das letzte Jahr des Zweiten Weltkrieges. Wir wohnten in etwa zehn Kilometer Luftlinie entfernt von den U-Boot-Werften in Kiel. Es

gab nahezu jeden Tag Fliegeralarm. Anfangs konnten die Hausbewohner noch den etwa einen Kilometer entfernten Bunker unter einer Flakstellung erreichen. Später waren die Warnzeiten so kurz, dass nur der Keller unter dem Wohnhaus für uns blieb (zwei Frauen und fünf Kinder). Als nach dem Ende des Krieges die englische Besatzungsmacht in unseren Ort (Laboe) einmarschierte, haben wir Kinder das natürlich vom Bürgersteig aus bestaunt. Ein englischer Soldat schenkte mir eine Tafel Schokolade. Als wir Kinder hocheifrig damit auf den Hof des Hauses liefen, nahm mein Großonkel mir die Tafel ab und grub sie vor unseren Augen auf dem Misthaufen ein.

Noch im Jahr 1945 wurde ich eingeschult. In der ersten Klasse bekamen wir eine junge (unbelastete) Lehrerin. Bei der durfte ich mit der linken Hand schreiben und malen. Der „entnazifizierte“ Lehrer in der zweiten Klasse hat mich durch Schläge auf die „schlechte“ Hand umerzogen. Noch 1955 erhielt ich von meinem Deutschlehrer (kein

Nazi) für einen Aufsatz das Lob (?): „Du bist ja ein richtiger kleiner Franzosenhasser.“

Meine Frage an die AfD-Wähler, besonders die unter den Erstwählern: Wollen Sie wirklich in diese Zeiten zurück?

Peter Stevens, Kelkheim

Herr Krahn soll mal seine DNA analysieren lassen

Mir reicht es jetzt mit dem aufgeblasenen Dummgebabbel aus dieser Ecke. Das Märchen über Generation zu Generation zu Generation ... ist ein Märchen. Wie lange gibt es Deutschland in dieser Form? Wie viele Menschen aus anderen Gegenden dieser Welt haben sich in Jahrhunderten hier niedergelassen? Ich möchte Herrn Krahn empfehlen, seine DNA analysieren zu lassen. Diese wird ihm zeigen, aus welchen Einflüssen seine Atome bestehen. Wie wir diese Atome nutzen, bleibt uns selbst überlassen und letztendlich bleibt nichts außer diesen von uns übrig. Da sind Stolz und Vorurteil nur eine lachhafte Episode im Laufe der Zeit. Anna Hartl, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20240626

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Gaza-Krieg beenden – Konfliktlösung neu denken“ mit Claudia Baumgart-Ochse (Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung), Michael Gahler (MdEP, CDU) und Aref Hajjaj (Nahost-Experte). Die Debatte wird gestreamt unter: youtube.com/hausamdom
Montag, 1. Juli, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Historiker Florian Weis über das Ergebnis der Wahlen in Großbritannien.
Montag, 8. Juli, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf diskutiert mit den Politikwissenschaftlern Greta Olson und Helmut Breitmeier von der Universität Gießen über „Was beschäftigt deutsche Wähler:innen bei der US-Präsidentschaftswahl?“
Mittwoch, 10. Juli, 18 Uhr
Justus-Liebig-Universität, Aula des Hauptgebäudes, Gießen

Stephan Hebel lädt ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Im Livestream unter fr.de/hebelstunde
Donnerstag, 11. Juli, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Es soll schnell gehen

Zu: „Abschiebungen nach Kabul sollen schon bald starten“, FR-Politik v. 22.6.

Die Welt ist voller Katastrophen, angefangen von Kriegen, Gewalt-herrschaft, über drohende Hungersnöte bis zu Klimakrisen. Statt Verrohungen und Unmenschlichkeiten lindern zu wollen, verständigen sich Regierungen darauf, sie durch Abschiebungen noch zu vergrößern. Jegliche Einfühlung in Mitmenschen und deren oft grausames Schicksal scheint in dieser verrohenden Welt verloren gegangen zu sein. Offensichtlich handelt es sich um einen Abwehrmechanismus, der inzwischen klinische Züge annimmt: Verdrängen und Verleugnen von Realitäten! Stellvertreterthemen werden propagiert, die den rechten Menschenverachtern in den Kram passen und das eigene selbstgefällige Mütchen kühlen. Oder ist es die Ohnmacht, die eigenen politischen Einfluss-sphären an Großkonzerne und deren Lobbyisten abgeben zu haben und sich dafür an Minderheiten zu rächen?

Dass immer wieder die sogenannten Gefährder und Schleuser zum Thema gemacht werden, halte ich für einen billigen, heuchlerischen Vorwand. Es soll möglichst schnell gehen, um ein Exempel zu statuieren. Rechtliche Hürden finden, außer bei der SPD, kaum Beachtung. Leute wie Söder pfeifen auf den Rechtsstaat, um ihn an anderer Stelle, wenn es ihren politischen Zielen dient, wieder im Munde zu führen. Was sollen wir Bürgerinnen und Bürger von diesem Demokratieverständnis halten?

Robert Maxeiner, Frankfurt

Kaninchen haben Zähne

Fridays for Future: „Liebe westdeutsche Medien“, FR-Meinung vom 21.6.

Liebe Luise Steeck, danke für diesen Klartext. Das Beste, was ich in den letzten Monaten in der Zeitung oder auch sonstwo gehört oder gelesen habe. Persönliche Erfahrung punktet hier gegen abgehobene Debatten.

Ich finde auch, dass wir gegenüber der Extrem-Rechts-Entwicklung in diesem Land – und europaweit – nicht wie das Kaninchen vor der Schlange sitzen dürfen. Wir müssen alle etwas tun. Uns irgendwo engagieren, spenden, den Mund aufmachen. Die Politik scheint wie gelähmt. Ihre Vorschläge, Frau Steeck, ins Handeln zu kommen, treffen genau den Punkt. Die Medien könnten unterstützen, indem demokratische Initiativen im Osten viel mehr Aufmerksamkeit bekommen und so das von ihnen einseitig beförderte Bild des rechten Ostwählers zu relativieren. Wenn wir weiter der Angst vor Rechtsextremismus Raum geben, geben wir dieser Bewegung weiter Macht. Das Kaninchen hat scharfe Zähne – es könnte der Schlange in den Kopf beißen. Susanne Helalat, Kassel

Mehr Feindbild geht kaum noch

Erwiderung auf: „Die Polizei ist heillos überfordert“, FR-Forum vom 22. Juni

Wie rechtsextreme und rechts-populistische Narrative wirken, wie sich Vorurteile und Pauschalisierungen verfestigen und wie daraus inhumane Vorstellungen entstehen, wird durch den Leserbrief von Josef Karl exemplarisch deutlich. Es ist erschreckend, solche Sätze im FR-Forum zu lesen, zeigt mir aber andererseits, wie verbreitet solche Denkmuster inzwischen in der sogenannten Mitte der Gesellschaft sind.

Reale gesellschaftliche Probleme werden zum Anlass genommen, um mit pauschalen Zuschreibungen und typischen Vorurteilen ein Feindbild zu erzeugen. Dies ermöglicht die Entmenschlichung geflüchteter

Menschen und führt zu einer sprachlichen Verrohung. Angesichts von inzwischen mehr als 1000 Menschen, die 2024 im Mittelmeer ertrunken sind, ist eine Aussage wie „diese werden aus dem Meer gefischt“, um anschließend „Rabatz in unseren Großstädten zu machen“, an Zynismus kaum zu überbieten. Natürlich leben diese Menschen „auf Kosten der Steuerzahler“ und sind für hohe Mieten, hohe Stromkosten und für die Probleme im Gesundheitswesen verantwortlich. Mehr an Feindbild geht kaum noch und folgerichtig müssen diese Menschen (möglichst alle?) in ihr Heimatland abgeschoben werden (Remigration).

Die Verschiebung der Diskurse nach rechts durch die AfD und ihre Hilfstruppen (Merz, Dobrindt und andere) vergiftet unser gesellschaftliches Klima und führt zur Gefährdung unserer Demokratie. „Unsere Demokratie ist ein mühsam errichtetes System“, schreibt Herr Karl in seinem Leserbrief. Leider hat er nicht verstanden, dass dieses mühsam errichtete System durch den zunehmenden Rechtsextremismus, den Abbau rechtsstaatlicher Prinzipien und durch die Missachtung der Menschenrechte zerstört werden kann. Eine Demokratie ohne grundlegende Menschenrechte ist keine Demokratie mehr.

Hermann Roth, Frankfurt

Bei der Dämmung wird oft zu kurz gedacht

Energiewende: Erwiderung auf „Übers Ziel hinaus“, FR-Forum vom 19. Juni

Der Leserbrief von Herrn Pfaff zeigt, welche Unheil alte Falsch- und Vorurteile stiften können. Es wird eine Forschungsarbeit (Neddermann 2009) zitiert, derzufolge Dämmstärken von 400 mm unwirtschaftlich und nicht klimaschonend seien. Dem widerspreche ich vehement: Die Kosten für eine größere Dämmstärke sind nicht proportional zur Dämmstärke. Ob ich 120 mm Dämmung anbringe oder 400 mm, ist bei folgenden Kostenanteilen gleich: Arbeit, Gerüst, Fassadenverputz, Anstrich, Nebengewerke. Allein die Kosten für Dämmung erhöhen sich.

Ein optimal gedämmtes Haus benötigt keine erneute Fassaden-dämmung oder -erneuerung. Da

Häuser solcher Art weit über 100 Jahre alt werden können, gehen Ökologie- wie Ökonomiebilanz immer positiv aus. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Energiekosten seit 2009 stark gestiegen sind und weiter steigen werden. Dies hat Herr Neddermann offensichtlich nicht ausreichend berücksichtigt.

Auch die verbreitete Meinung „Dann stelle ich halt eine Photovoltaikanlage aufs Dach und heize mit der elektrischen Wärmepumpe!“, ist zu kurz gedacht: Ein Haus benötigt für vier Bereiche Strom: Haushalt, Raumheizung, Warmwasserbereitung und Fahrzeug. Eine Photovoltaikanlage kann dies nicht allein schaffen. Also gilt es, ei-

nen Bereich zu minimieren. Das ist die Raumheizung (bei den meisten Häusern ist das der größte Posten). Dieser muss auf nahezu 0 kWh gebracht werden.

Ich kann versichern, dass in meiner Immobilie dies schon so geregelt ist: 350 bis 400 mm Dämmung, Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung und Fenster mit einem u-Wert von bis unter 0,15 liefern angenehme Temperaturen im Winter (und im Sommer) ohne Heizkörper oder Wand, -Fußbodenheizung. Meine Mieter freuen sich jedes Jahr über die Jahresabrechnung. Schießscharteneffekte gibt es nicht. Das ist noch so eine alte wie falsche Fehlbehauptung früherer Jahre.

Lothar Niemann, Darmstadt